

## Kindergärten in Deutschland – der Gebührenwahnsinn!

### Wo bleibt die Chancengleichheit?

### Beim Vergleich der Kindergartengebühren geht es um viel mehr als nur um Geld

### Marie-Luise Lewicki, Chefredakteurin von ELTERN und ELTERN family:

- „Stichwort Bildung: Wenn in Deutschland das Thema ‚Studiengebühren‘ diskutiert wird, fällt schnell das Wort ‚Chancengleichheit‘. Dabei geht es dort maximal um 1.000 Euro im Jahr. Dass in deutschen Städten auch Eltern mit einem Jahreseinkommen von 25.000 Euro bis zu 1.700 Euro im Jahr für einen Halbtagsplatz im Kindergarten bezahlen müssen, ist ein weit größeres Hemmnis auf dem Weg zur Chancengleichheit. Denn: Wenn bereits vor der Einschulung wichtige Bildungschancen vertan wurden, wirkt sich das direkt auf den Schulerfolg aus.“
- „Stichwort Vereinbarkeit Familie und Beruf: Wenn eine Familie – wie beispielsweise in Bremen – bei einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 45 000 Euro für zwei Halbtagsplätze über 3.000 Euro aufbringen muss, stellt sich für einen – meist die Frau – ganz schnell die Frage: Lohnt sich mein Teilzeitjob überhaupt? Steuerklasse 5, Sozialabgaben und Kindergartengebühren in dieser Höhe zehren ein kleines Einkommen praktisch komplett auf – ein schlechtes Signal in Zeiten, in denen von Müttern Berufstätigkeit erwartet wird, sobald ihre Kinder drei Jahre alt sind.“
- „Stichwort Gerechtigkeit: In manchen Städten zahlen selbst Großverdiener keine Gebühren, während in anderen Geringverdiener bis zu sieben Prozent ihres Einkommens für die Kindergartengebühren ausgeben müssen. Eine solche soziale Schieflage gibt es in keinem anderen Politikbereich in Deutschland. Vor diesem Hintergrund erübrigt sich auch die Diskussion über Familienförderung und den Sinn und Unsinn von direkten Transferleistungen. Was sind 120 Euro mehr Kindergeld im Monat von der Bundesregierung, während andererseits 1.500 Euro für einen Kindergartenplatz fällig sind, nur weil ich in Norddeutschland wohne statt im Süden?“
- „Stichwort Zukunftsfähigkeit: Bildung ist Ländersache, und daher hat die Bundesregierung auch bei der Ausgestaltung der Kinderbetreuung kein Mitspracherecht. Viele Länder nutzen aber selbst ihre Gestaltungshoheit nicht – und überlassen es den einzelnen Gemeinden, die Kindergartengebühren festzulegen. So lange das so bleibt, gibt es eine Politik nach Kassenlage – reiche Gemeinden, in denen viele wohlhabende Steuerzahler leben, können niedrige Gebühren verlangen, arme Gemeinden, in denen tendenziell eher mehr Menschen mit kleinen Einkommen leben, müssen viel mehr verlangen, als sich ihre Bürger leisten können. Dies trägt dazu bei, dass die Schere in Deutschland immer weiter aufgeht und arme Kommunen ihre Zukunftsfähigkeit verlieren – etwas, was wir alle im Sinne unserer Kinder verhindern sollten.“

#### Pressekontakt:

Eva Kersting  
Kommunikation / PR  
G+J Frauen / Familie / People  
Gruner + Jahr AG & Co KG  
Tel: (040) 37 03 29 90  
E-mail: [kersting.eva@guj.de](mailto:kersting.eva@guj.de)

Carsten Seim  
Projektleiter  
INSM - Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH  
Tel: (02 21) 49 81 403  
E-Mail: [seim@insm.de](mailto:seim@insm.de)